

15. November 2021, 15:25 Uhr **Pandemie und Politikversagen**

## Heißt "Freiheit" nur noch "Ich will"?

**Die erste Begründung für das Nichtstun in der derzeitigen Corona-Lage lautet, die "Spaltung der Gesellschaft" solle nicht vertieft werden. Doch die Gesellschaft war noch nie eine Einheit. Zum Versagen der Politik in der vierten Welle und warum es jetzt auf die FDP ankommt.**

Von *Gustav Seibt*

Die wohlbekanntesten Ansteckungszyklen des Coronavirus werden dafür sorgen, dass die jetzt schon unhaltbare Situation in den Krankenhäusern noch einige Wochen weiter eskaliert. Das seit spätestens Anfang September von allen sachkundigen Virologen vorausgesagte Desaster tritt mit mathematischer Präzision ein. Am 2. September gab Christian Drosten dem Deutschlandfunk ein beunruhigtes Interview, in dem er erklärte, "dass im Herbst wieder gesamtgesellschaftliche Kontaktbeschränkungen nötig werden". Die Hospitalisierungsrate bei der dominanten Delta-Variante sei zu hoch - die Impfquote sei entsprechend zu niedrig. Die Impfquote müsse unbedingt gesteigert werden.

Passiert ist nichts, außer dass über Christian Drosten von den netzaktiven Impfgegnern und Corona-Kleinrednern die gewohnte Hohn- und Hasswelle ausgegossen wurde. Das Interview findet sich bis heute in der Mediathek des Deutschlandfunks, man sollte es immer griffbereit haben, wenn Politiker jetzt davon sprechen, dass "die Lage sich verändert" habe (Marco Buschmann, FDP) oder dass die Entwicklung nicht vorauszusehen gewesen sei, wie der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) gerade erklärte. Nein, Herr Buschmann, die Lage hat sich nicht verändert. Sie war seit dem Sommer klar, und die jetzige Eskalation, geehrter Herr Holetschek, wurde seit vielen Wochen vorhergesagt.

### Die Minderheit als Bestie - wehe, wenn sie von der Kette gelassen wird

Der Tanker der deutschen Gesetz- und Maßnahmenggebung könnte im schlimmsten Fall jetzt noch Wochen brauchen, um sich auf die bekannte, von der Politik nur monatelang verleugnete Lage umsteuernd einzustellen. Und wieder könnte zu wenig passieren. Und wieder werden wir schale Begründungen dafür hören.

Dass diese sich widersprechen, fällt dabei kaum noch auf. Die erste Begründung fürs Nichtstun lautet, die "Spaltung der Gesellschaft" solle nicht vertieft werden. Zu dieser ominösen Spaltung hat Jan Feddersen in der *taz* am Wochenende das Nötige gesagt: Die Gesellschaft war noch nie eine Einheit, sie hat keinen kollektiven Willen, es wird immer Dissens und Interessengegensätze geben. Zum Ausgleich der widerstreitenden Interessen und zur Entscheidung der Konflikte sind dann eigentlich demokratische Öffentlichkeit und Politik da.

Aktuell wird die Spaltung der Gesellschaft aber lautstark vor allem von einer militanten Minderheit betrieben. Sie versucht mit Falschinformationen, Selbstmitleid, Narzissmus, apokalyptischen Ängsten und Gewaltdrohungen eine Mehrheit einzuschüchtern, die Tag für Tag durch Befolgung der Hygieneregeln ein Plebiszit darüber abgibt, was sie will und ersehnt: das Ende der Pandemie. Diese Mehrheit muss sich als intolerant, obrigkeitshörig und gedankenlos beschimpfen lassen. Die gerade wieder vom FDP-Politiker Wolfgang Kubicki verbreitete Behauptung, die Impfgegner würden "in eine Ecke gestellt", verzerrt die Streitlage auf das Erstaunlichste. Von Diskussionen über richtige und falsche Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung kann man nicht mehr sprechen.

Das Argumentieren mit der "Spaltung der Gesellschaft" behandelt die Minderheit der Realitätsverleugner wie eine Bestie, die man nicht reizen darf, weil sie sich sonst von der Kette reißen könnte. Diese Mitbürger haben jetzt Besseres verdient, nämlich eine rationale Ansprache, aber auch klare Hinweise auf die Grenzen der Freiheit in einer Gesellschaft, die während einer ansteckenden Krankheit zwangsläufig auf Kooperation angewiesen ist.

Wollte man weiter den Militanten oder auch nur Ignoranten das Feld überlassen, dann bekämen von nun an laute Minderheiten ein faktisches Vetorecht.

### Es ging immer um höchste Güter: die Demokratie, die atomare Vernichtung

Im Übrigen muss man festhalten, dass keine der großen Richtungsentscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik ohne den meist erbitterten Widerstand einer beträchtlichen Minderheit zustande kam. Die Wiederbewaffnung, die Notstandsgesetze, die Ostverträge, alleine der Nato-Doppelbeschluss wurden unter dem Tosen von Massendemonstrationen beschlossen. Dabei ging es in den Augen der Gegner immer um höchste Güter, den Frieden, die Demokratie, die Drohung atomarer Vernichtung. Es gab Menschenketten und Demonstrationen von vielen Hunderttausenden, aber am Ende blieb die Politik bei dem, was sie beschlossen hatte.

Das andere, in gewisser Weise entgegengesetzte Argument führt die persönliche Freiheit des Individuums ins Feld. Sie wurde schon zu Beginn von den Maskenverweigerern in Anspruch genommen. Wer sich schützen wolle und müsse, solle das halt tun, aber sie wollten nicht mittun. In der Diskussion über Impfpflichten taucht es dramatisiert als "Recht auf körperliche Unversehrtheit" auf. Dabei wird die körperliche Unversehrtheit vor allem durch Ansteckungen und schwere Krankheitsverläufe in Gefahr gebracht. Statistisch ist die Abwägung eindeutig: Das Risiko schwerer Corona-Verläufe ist deutlich höher als das unerwünschter Nebenwirkungen beim Impfen. Für bestimmte Bevölkerungsgruppen ist es sogar tödlich.

Trotzdem ist der Verweis auf die individuelle Freiheit ernster zu nehmen als die erpresserische Drohung mit der "Spaltung der Gesellschaft". Beim Impfen überschneiden sich, wie der Staatsrechtler Christoph Möllers soeben im *Philosophie-Magazin* darstellte, eine persönliche und eine gesellschaftliche Dimension: "Diejenigen, die sagen, es gehe um einen intimen Eingriff, haben recht. Und diejenigen, die sagen, es gehe um den Schutz von anderen, haben ebenfalls recht. Deshalb ist die Diskussion so aufgewühlt."

Allerdings sind wir Menschen als ansteckbare und daher potenziell auch ansteckende Wesen eben keine reinen Individuen. "Der Begriff des Individuums ergibt nur Sinn", so Möllers weiter, "wenn er sich auf eine Gemeinschaft bezieht." Man muss dieses Problem gar nicht unbedingt begrifflich oder subjekttheoretisch beschreiben. Das neuzeitliche Individuum hat materielle Voraussetzungen, die historisch jung und ungewöhnlich sind: Beispielsweise gehört die Geldwirtschaft dazu, die es erst seit dem späten Mittelalter Einzelnen ermöglichte, als Junggesellen oder Witwen allein in Stadthäusern zu leben und sich über den Markt zu versorgen. Die Gestalt des "Hagestolzes" oder selbstdenkenden Sonderlings etwa gehört genauso in die Geschichte des modernen Individualismus mit seiner "Entdeckung des Menschen" (Jacob Burckhardt) wie der geniale und wahnsinnige Künstler oder der rücksichtslose Tyrann seit der Renaissance.

### Tief ist die aufgeklärte Mitte, tief ist namentlich auch die FDP gesunken

Ohne öffentliche Ordnung in Recht und Staat wäre kein Individuum mehr als ein paar Tage überlebensfähig. Wenn Chaos auf den Straßen herrscht, müssen sich die Einzelnen in den Schutz Stärkerer, in der Regel von Clans und Familienverbänden, flüchten. Nur in befriedeten, gewaltarmen, täglich kleinteilig kooperierenden Gesellschaften kann Individualismus zu einer Massenerscheinung werden. Die wichtigste jüngere Voraussetzung schließlich sind die kollektiven Sicherungssysteme, also der Sozialstaat. Ohne Kranken- und Rentenkassen, ohne Arbeitslosengeld wären die Einzelnen ihren Familien so gnadenlos ausgeliefert wie im 19. Jahrhundert noch jene unverheirateten Frauen und "alten Jungfern", die als "Tanten" am Rande alter Weihnachts- und Hochzeitsfotos figurieren. Auch sie konnten sich erst durch Berufsfreiheit und Sozialstaat befreien.

Warum an diese Trivialitäten erinnern? Weil die Pandemie unbarmherzig das geistige Debakel des gegenwärtigen Liberalismus offenlegt: "Freiheit" ist hier auf die Schrumpfform des "Ich will" oder "Ich will nicht" reduziert, es ist der abgemagerte Schatten von "Selbstverwirklichung". Vor ein paar Tagen twitterte ein junger Liberaler, er habe eigentlich vorgehabt, sich ein drittes Mal impfen zu lassen, doch seit so viel Druck aufgebaut werde, müsse er sich das noch einmal überlegen.

Kindischer Trotz als "Freiheit" - so tief sind Teile selbst des politischen Liberalismus in Deutschland gesunken. In Ostdeutschland wird solcher Trotz von den absichtsvoll verlängerten Erfahrungen mit einer vom autoritären Kollektiv auferlegten Solidarität in der DDR befeuert. Es ist ein Freiheitsbegriff, der nur in Abwehr besteht und nichts Positives mehr will. Der Ausgleich zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft, der in Kooperation besteht, ist ihm fremd.

Der Weg der Pandemiebekämpfung muss zwischen dem falschen Einmütigkeitsversprechen, das gesellschaftliche Konflikte verleugnet, und einem ebenso falschen Radikalindividualismus gefunden werden. Das ist die anspruchsvolle Aufgabe des politischen Liberalismus.

Es ist vor allem Aufgabe und Funktion der FDP, diesen Weg zu finden. Sonst kann die Pandemie mit steigenden Sterbeziffern zu ihrem Endspiel werden.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: [www.sz.de/szplus-testen](http://www.sz.de/szplus-testen)

URL: [www.sz.de/1.5464593](http://www.sz.de/1.5464593)

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/gor/biaz

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an [syndication@sueddeutsche.de](mailto:syndication@sueddeutsche.de).